

Bericht über die Entwicklung in Polen

Juni 1957

Seite:

A. Innere Entwicklung

I. Politische Ereignisse

- | | |
|--|----|
| 1) GOMULKA bekommt freie Hand | 1 |
| 2) GOMULKA antwortet Posener Arbeitern | 3 |
| 3) Schriftsteller lassen sich nicht überzeugen | 9 |
| 4) Ideologische Plattform der Dorfjugendorganisation | 10 |
| 5) Stadt und Land | 12 |
| 6) Jahrestag des Posener Aufstandes | 12 |

II. Wirtschaft

- | | |
|--|----|
| 1) Neue Version des Fünfjahrplanes | 14 |
| 2) Größere Kredite für Einzelbauern | 15 |
| 3) ... und für die Arbeitsgenossenschaften | 15 |
| 4) Neuer Entwurf des Enteignungsgesetzes | 15 |
| 5) Rationelle Ausbeutung der Steinkohle | 15 |

III. Soziale Probleme

- | | |
|--|----|
| 1) Familienhaushalte werden untersucht | 16 |
| 2) Arbeitsabstinenz | 16 |
| 3) Wer zieht die Profite? | 17 |
| 4) Was die Jugend studieren will | 17 |

B. Polen und Ausland

- | | |
|------------------------------------|----|
| 1) Amerikanische Anleihe für Polen | 18 |
| 2) Ford-Stiftung für Polen | 19 |
| 3) GOMULKA bei ULBRICHT | 19 |
| 4) Internationale Posener Messe | 21 |

I. Politische Ereignisse

1) GOMULKA bekommt freie Hand

Die sensationelle Entwicklung des Machtkampfes in Moskau, die mit einer Niederlage der konservativen, stalinistischen Elemente und der Ausbootung dieser Elemente aus der Parteispitze und den Regierungsposten endete, wird wohl in keinem Ostblockstaat so freudig begrüßt, wie in Warschau. Man muß sich darüber im klaren sein, daß sich die letzten Moskauer Ereignisse in ihrer Auswirkung keineswegs nur auf die SU beschränken werden. Die konservativ-kommunistischen Kräfte in allen Ländern der Volksdemokratien werden jetzt ihre wichtigste Stütze verlieren, sie werden jetzt mehr auf sich selbst angewiesen sein, was wiederum keineswegs ihr Selbstbewusstsein stärken wird. Auf die Dauer werden sie immer schwerer den Druck der oppositionellen Strömungen unter der Bevölkerung und in den kommunistischen Satellitenparteien abwehren können.

In Polen ist die Situation etwas anders, als in den anderen europäischen Ostblockländern. Seit dem letzten Oktober sind die Kräfte, die man als stalinistisch oder konservativ bezeichnet, weitgehend vom Einfluss auf die Gestaltung der Parteilinie, auf die Arbeit der Regierung usw. ausgeschlossen. Das darf aber nicht so aufgefasst werden, als hätten diese Kräfte in Polen aufgehört, ein ernstzunehmender, gefährlicher politischer Faktor zu sein.

Der gesamte Parteiapparat war von ihnen durchsetzt, sie hatten ausserdem einflussreiche Positionen in den Wojewodschafts(Bezirks)-komitees und hielten so manche wichtige Stellung in der Verwaltung. Sie wussten die Tatsache gut zu nutzen, daß GOMULKA ehrlich bemüht war und ist, die Gewaltanwendung zu vermeiden. So haben sie sich also hinter ihre gesetzlichen oder im Parteistatut verankerten Privilegien verschanzt und nutzten diese Position zu einem Kleinkrieg gegen den Parteichef und seine politische Linie.

Man hatte nach dem Oktober von GOMULKA erwartet, daß er gegen die konservative Parteiopposition scharfe Mittel anwenden wird, ja dass er sie politisch liquidiert. Dazu ist es bekanntlich nicht gekommen. Er wollte die Agenten und Protégés Moskaus nicht zu scharf anfassen, um nicht den Anschein zu erwecken, seine Aktion richte sich gegen die Sowjets. Er wollte vermeiden, das Gefüge der polnischen Partei zu erschüttern, was unweigerlich bei einer konsequenten Säuberung des Parteiapparates hätte kommen müssen. Er wollte keine verbitterten, zu allem entschlossenen Fraktionsfeinde in der Partei haben. Er wußte, welche Gefahr für ihn Tausende ehemalige Parteifunktionäre bedeuten würden. Er wollte also seine Feinde für sich gewinnen, ohne allerdings dazu bereit zu sein, ihnen einen wirklichen Einfluß auf die Gestaltung der generellen Parteilinie zu erlauben. Es ist ihm aber nur zu einem kleinen Teil

gelingen, die Stalinisten zu einer mehr oder weniger loyalen Mitarbeit heranzuziehen. Der Verlauf des letzten, des IX. Plenums des ZK war dafür ein überzeugender Beweis. Viele der führenden polnischen Stalinisten haben die ihnen von GOMULKA gebotene Hand zurückgeschlagen. Wie man das Problem der Moskauer Fünften Kolonne in Polen lösen soll, stand bis vor kurzem offen.

Nach den letzten Moskauer Ereignissen besteht die Möglichkeit, dass dieses Problem bald aufhören wird, zu existieren. CHRUSCHTSCHOW könnte es GOMULKA schlecht übelnehmen, wenn dieser ähnliches tut, was jener in Moskau getan hat, indem er beispielsweise Stalinisten aus dem ZK entfernte. Aber GOMULKA braucht sich nicht solcher Mittel wie CHRUSCHTSCHOW zu bedienen, da die Situation in Polen völlig anders liegt als in der SU. Man kann aufgrund einer genauen Beobachtung der bisherigen Taktik GOMULKAS so gut wie sicher sein, dass er die neue Situation nicht dazu nützen wird, um jetzt mit seinen inneren Parteifeinden eine entscheidende Auseinandersetzung herbeizuführen. Es besteht grosse Aussicht, dass dieses Problem sich von selbst lösen wird. Die konservativen Elemente in der polnischen Partei werden sehr bald einsehen müssen, dass sie ohne ihre mächtigen Protektoren in Moskau keine Chance mehr haben, den internen Machtkampf mit GOMULKA siegreich zu beenden.

Diese Behauptung soll aber nicht so ausgelegt werden, dass sich jetzt in Moskau niemand mehr findet, der daran interessiert wäre, eigene "Vertrauensleute" in der polnischen Partei zu haben. Es war doch gerade CHRUSCHTSCHOW, der im Oktober in Warschau sehr massiv gegen die Berufung GOMULKAS an die Parteispitze auftrat und man soll sich nicht in den naiven Glauben einwiegen lassen, dass von nun an jegliches Mißtrauen gegenüber GOMULKA von seiten Moskaus aufgehört habe. Aber die Position GOMULKAS wird in Polen und ausserhalb Polens immer stärker. Die letzten Besuche in Prag und Pankow, bei den beiden linientreuesten Moskauer Satelliten, waren ein überzeugender und wichtigster Prestigeerfolg einer Politik, die noch vor ein paar Monaten in diesen beiden Ländern als Verrat ausgelegt wurde. Und gleichzeitig mit dieser wachsenden Stabilisierung des GOMULKA-Regimes in Polen sind die Positionen der Stalinisten im Moskauer Zentrum offensichtlich zerschlagen. Wer heute in Polen als Moskauer Agent auftritt oder als solcher bekannt ist, muss immer klarer einsehen, dass er keine Chance mehr hat, seine Karriere als Mitglied des polnischen Politbüros oder in der Regierung fortzusetzen, sondern dass ihn nur eine politische Bedeutungslosigkeit und allgemeine Verachtung seiner eigenen Parteigenossen erwartet. Die Klugen unter den polnischen Stalinisten werden sicher sehr bald daraus die Konsequenz ziehen, die Dummen unter ihnen werden es auch eines Tages merken, dass sie in eine politische Sackgasse geraten sind.

Nach dem IX. Plenum des ZK haben viele politische Beobachter mit einer gewissen Sorge dem für Dezember angekündigten Parteikongress entgegengesehen. Jetzt scheint es keinen Grund mehr für derartige Besorgnis zu geben. GOMULKA wird im Dezember eindeutiger Sieger werden und er wird diejenigen ZK-Mitglieder, die er nicht zu gewinnen hofft oder die er nicht gewinnen will - mit Leichtigkeit ausschalten können.

Die Moskauer Ereignisse haben die Richtigkeit seiner abwartenden Taktik im Kampf gegen die Stalinisten Polens bestätigt. Es wäre sicher zuviel gesagt, wenn man behauptet, der polnische Parteichef habe mit einer solchen Entwicklung in Moskau in absehbarer Zeit gerechnet, viel wahrscheinlicher wäre wohl die Annahme, dass ihn einfach der richtige politische Instinkt geleitet hat.

2) GOMULKA antwortet Posener Arbeitern

Am 5. Juni traf GOMULKA in Posen ein, um den Arbeitern der Cegielski-Werke (früher Stalin-Werke), von denen bekanntlich der Posener Aufstand im Juni vergangenen Jahres seinen Ausgang nahm, auf ihre zahlreichen Fragen, die alle aktuellen Probleme des Landes berührten, Rede und Antwort zu stehen.

GOMULKA hat diese demonstrative Geste kurz vor dem ersten Jahrestag des Posener Aufstandes gemacht, um damit zu demonstrieren, dass eine von ihm geleitete Partei eine offene Aussprache mit Bevölkerung und Arbeiterschaft nicht scheut und um sich damit von den Fehlern der alten Leitung, die diesen direkten Kontakt mit den Massen mied, eindeutig zu distanzieren.

Der Parteichef hat sein Versprechen gehalten, alle gestellten Fragen (sie wurden auf Zettel geschrieben und ihm zugeleitet) zu beantworten. Eine bezeichnende Tatsache mußte GOMULKA am Anfang seiner Ansprache an die Arbeiter kommentieren:

"Eine einleitende Bemerkung: Keine von den mir gestellten Fragen trägt die Unterschrift des Fragenden. Ich bin der Ansicht, dass man mit solcher Praxis aufhören soll. Derjenige, der die Fragen beantwortet, muss dieselben Rechte haben, wie die Fragesteller, er muss wissen, wem er antwortet. Weil ich das aber vorher nicht zur Vorbedingung machte, dass die Zettel unterschrieben werden sollen, beanstande ich nicht das Fehlen der Unterschriften und werde alle Fragen beantworten."

Das Verhalten aller Fragesteller, das GOMULKA zu dieser Bemerkung veranlasste, bestätigte, dass die Bevölkerung auch gegenüber dem jetzigen System Zurückhaltung und Vorsicht übt. Die Gründe für diese Zurückhaltung und Vorsicht scheinen z.T. ein Überbleibsel der vergangenen Zeit zu sein, wo man sich aus

Nach dem IX. Plenum des ZK haben viele politische Beobachter mit einer gewissen Sorge dem für Dezember angekündigten Parteikongress entgegengesehen. Jetzt scheint es keinen Grund mehr für derartige Besorgnis zu geben. GOMULKA wird im Dezember eindeutiger Sieger werden und er wird diejenigen ZK-Mitglieder, die er nicht zu gewinnen hofft oder die er nicht gewinnen will - mit Leichtigkeit ausschalten können.

Die Moskauer Ereignisse haben die Richtigkeit seiner abwartenden Taktik im Kampf gegen die Stalinisten Polens bestätigt. Es wäre sicher zuviel gesagt, wenn man behauptet, der polnische Parteichef habe mit einer solchen Entwicklung in Moskau in absehbarer Zeit gerechnet, viel wahrscheinlicher wäre wohl die Annahme, dass ihn einfach der richtige politische Instinkt geleitet hat.

2) GOMULKA antwortet Posener Arbeitern

Am 5. Juni traf GOMULKA in Posen ein, um den Arbeitern der Cegielski-Werke (früher Stalin-Werke), von denen bekanntlich der Posener Aufstand im Juni vergangenen Jahres seinen Ausgang nahm, auf ihre zahlreichen Fragen, die alle aktuellen Probleme des Landes berührten, Rede und Antwort zu stehen.

GOMULKA hat diese demonstrative Geste kurz vor dem ersten Jahrestag des Posener Aufstandes gemacht, um damit zu demonstrieren, dass eine von ihm geleitete Partei eine offene Aussprache mit Bevölkerung und Arbeiterschaft nicht scheut und um sich damit von den Fehlern der alten Leitung, die diesen direkten Kontakt mit den Massen mied, eindeutig zu distanzieren.

Der Parteichef hat sein Versprechen gehalten, alle gestellten Fragen (sie wurden auf Zettel geschrieben und ihm zugeleitet) zu beantworten. Eine bezeichnende Tatsache mußte GOMULKA am Anfang seiner Ansprache an die Arbeiter kommentieren:

"Eine einleitende Bemerkung: Keine von den mir gestellten Fragen trägt die Unterschrift des Fragenden. Ich bin der Ansicht, dass man mit solcher Praxis aufhören soll. Derjenige, der die Fragen beantwortet, muss dieselben Rechte haben, wie die Fragesteller, er muss wissen, wem er antwortet. Weil ich das aber vorher nicht zur Vorbedingung machte, dass die Zettel unterschrieben werden sollen, beanstande ich nicht das Fehlen der Unterschriften und werde alle Fragen beantworten."

Das Verhalten aller Fragesteller, das GOMULKA zu dieser Bemerkung veranlasste, bestätigte, dass die Bevölkerung auch gegenüber dem jetzigen System Zurückhaltung und Vorsicht übt. Die Gründe für diese Zurückhaltung und Vorsicht scheinen z.T. ein Überbleibsel der vergangenen Zeit zu sein, wo man sich aus

purem Selbsterhaltungstrieb so verhalten musste. Zu einem anderen Teil dürfte aber diese Demonstration der Posener Arbeiter die Gefühle vieler Polen widerspiegeln, die nicht mit allem in der Entwicklung nach dem Oktober zufrieden und einverstanden sind.

Hier nun die interessantesten Ausführungen des 1. Sekretärs der polnischen Partei:

"Warum importiert Polen Getreide, während es vor dem Kriege welches exportierte?"

"Wir importieren Getreide, weil wir jetzt mehr verbrauchen, als wir vor dem Krieg verbraucht haben."

"Warum ist der Lebensstandard der Arbeiter in den kapitalistischen Ländern höher als in den sozialistischen Ländern?"

"Es stimmt nicht, dass der Lebensstandard der Arbeiter in allen kapitalistischen Ländern höher ist als in den sozialistischen Ländern. In so manchem kapitalistischen Land ist der Lebensstandard der Arbeiter und der werktätigen Bevölkerung niedriger als der unsrige, von dem der Tschechoslowakei schon gar nicht zu reden. Nur einige kapitalistische Länder haben einen höheren Lebensstandard als wir. Dafür gibt es eine Reihe von Ursachen. Eine von ihnen, und zwar eine sehr wichtige, ist die koloniale Unterjochung grosser Kontinente durch eine Gruppe kapitalistischer Staaten und die koloniale Ausbeutung von Hunderten Millionen Menschen."

"Verbirgt sich hinter dem Schild der Finanzierung des Abbaus unserer Schwefelvorkommen durch die CSR nicht der wichtigste Kontrahent, der aus diesem Rohstoff die grössten Gewinne ziehen wird?"

"Ich möchte betonen, dass wir Investkredite zur Entwicklung unserer Wirtschaft von jedem Kontrahenten annehmen würden, der uns diese aufgrund normaler Handelsbeziehungen gewährte. Bis jetzt gewährten und werden uns auch weiterhin solche Kredite die sozialistischen Länder gewähren, und zwar zu für uns günstige Bedingungen. Die Kapitalisten haben es nicht allzu eilig, uns Kredite zu geben, obwohl wir auch ihnen beispielsweise den Bau von Steinkohlengruben vorschlagen."

"Wie steht es mit der Anleihe von den USA?"

"Unter unserer Bevölkerung hat es nicht wenige Leute gegeben, die glaubten - namentlich nach der öffentlichen Erklärung Präsident Eisenhowers vom Oktober vergangenen Jahres über die Bereitwilligkeit, Polen Kredithilfe zu gewähren - dass es genüge, wenn sich die polnische Regierung an die Vereinigten Staaten mit dem Ersuchen um Kredite wendet und diese dann sofort erhält, und zwar in einer unseren Erfordernissen entsprechenden Höhe. Als ich im vergangenen Jahr mit verschiedenen Delegationen sprach, konnte

ich feststellen, dass viele Menschen in dieser Frage trügerische Hoffnungen hegen. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat erst im Februar dieses Jahres der Aufnahme von Kreditverhandlungen zugestimmt. Seit dem 25. Februar befindet sich unsere Delegation in den Vereinigten Staaten. Die Besprechungen über die Kredite haben also über drei Monate gedauert. Sie wurden mit einem Abkommen abgeschlossen, auf dessen Unterzeichnung wir nunmehr warten und demzufolge Polen einen Kredit in Höhe von 95 Mill. Dollar erhalten soll. Es soll ein langfristiger Kredit sein, wenn auch ein Teil dieses Kredits verhältnismässig hoch verzinst sein wird, verglichen mit den Bedingungen, zu denen wir von den sozialistischen Staaten Kredite erhalten. Obwohl die Kreditsumme im Vergleich zu unseren Erfordernissen sehr bescheiden sein soll, würde ihre Gewährung in gewissem Masse zur Milderung unserer augenblicklichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten beitragen. Ausser den amerikanischen Krediten haben wir in letzter Zeit von der DDR Investitionskredite für Braunkohle in Höhe von 400 Mill. Rubel, das sind 100 Mill. Dollar, erhalten. Die Kredite der CSR werden es erlauben, eher mit dem Schwefelabbau zu beginnen. Vor einigen Monaten erhielten wir etwas über 20 Mill. Dollar für Investitionen von Frankreich."

"Warum ist die Lohnsteuer so hoch? Statt Erhöhung der Löhne sollte man die Lohnsteuer senken."

"Die Lohnsteuer ist progressiv und beträgt nach der für Arbeiter gesenkten Skala 1,5 % bei einem Monatsverdienst von über 550 Zloty, bis 15 % bei einem Monatsverdienst von über 4.000 Zloty. Die Lohnsteuerprogression ist richtig und allgemein üblich. Die Forderung, statt die Löhne zu erhöhen, die Besteuerung der Verdienste zu senken, ist unrichtig und ungerecht. Auf diese Weise würden wir nur eine noch grössere Diskrepanz in den Löhnen schaffen."

"Wann wird der Unterschied zwischen den Verdiensten eines körperlich und eines geistigen Arbeitenden bei Krankheit aufgehoben? Und warum erhalten die körperlich Arbeitenden nicht den gleichen Urlaub wie die geistig Arbeitenden?"

"Darauf kann ich antworten, dass diese Dinge zurzeit nicht einmal erwogen werden. Man kann den Angestellten schwerlich die seit eh und jeh erworbenen Rechte auf volle Bezahlung bei Krankheit bzw. auf einen einmonatigen Erholungsurlaub nehmen. Eine noch grössere Schwierigkeit, und in Anbetracht der gegenwärtigen Umstände geradezu eine Unmöglichkeit ist die Gleichstellung der Arbeiter und Angestellten in dieser Hinsicht. Die Summe der ausbezahlten Krankengelder steigt bei uns auch ohne eine solche Gleichstellung von Jahr zu Jahr. In bezug auf Urlaub sind in der Nachkriegszeit viele für die Arbeiter vorteilhafte Änderungen eingeführt worden."

Die Urlaubszeit wurde wesentlich verlängert. Vor dem Kriege standen den Arbeitern nach einem Jahr Arbeit acht Kalendertage zu, jetzt bekommen die Beschäftigten in Industrie und Handel nach einem Jahr Arbeit 12 Arbeitstage Urlaub, nach drei Jahren 15 Arbeitstage und nach 10 Jahren 30 Kalendertage. Bis zum Jahre 1956 ging der Arbeiter bei Arbeitsplatzwechsel des zuvor erworbenen Rechts auf längere Urlaubszeit verlustig. Seit dem Jahre 1956 behält der Arbeiter das erworbene Recht auf Urlaub, wenn sein Produktionsbetrieb den Arbeitsvertrag ohne seine Schuld gelöst hat. Die Arbeitskontinuität bleibt gewahrt, wenn der Beschäftigte innerhalb von drei Monaten eine neue Arbeit aufnimmt. Jugendliche bis 16 Jahren erhalten nach 6 Monaten Arbeit zwei Wochen Urlaub und nach einem Arbeitsjahr einen Monat Urlaub. Vor dem Kriege erhielten Jugendliche bis 18 Jahren nach einem Arbeitsjahr 14 Tage Urlaub."

"Die nächste Fragengruppe betrifft die polnische-sowjetischen Beziehungen. Ich führe einige dieser Fragen an:

Die erste Frage: "Können wir sicher sein, dass die SU instande ist, uns die Grenzen an der Oder und Neisse zu garantieren?"

Die zweite Frage: "Glaubt Genosse Gomułka an die Zweckmässigkeit des Warschauer Vertrages?"

Die dritte Frage: "Wie sieht das Bündnis mit der SU tatsächlich aus und weshalb brauchen wir es?"

Die vierte Frage: "Ist eine solche Wirtschaftspolitik notwendig, die uns wirtschaftlich an die UdSSR bindet, und warum?"

Die fünfte Frage: "Wird unsere staatliche Unabhängigkeit gewahrt?"

In unserer Gesellschaft sind verschiedene reaktionäre Kräfte der Zersetzung am Werk, Kräfte, denen das Interesse der Nation genauso fremd ist, wie es einst vielen polnischen Magnaten fremd war. Vom Klassenhass gegenüber der SU und dem Sozialismus verblindet, inszenierten diese Kräfte eine der Interessen Polens feindliche Propaganda, trachten sie danach, unter den Massen Unglauben an die richtige Aussenpolitik der Regierung zu säen. Wie könnte nämlich sonst die Frage auftauchen, weshalb Polen ein Bündnis mit der SU braucht. Ganz einfach deshalb, damit es existieren, leben und sich entwickeln kann, damit seine Bürger nicht zu Millionen in Krematorien-öfen verbrannt und in Konzentrationslagern vernichtet werden, damit uns der Feind nicht aus unseren eigenen Häusern und von unserer eigenen Scholle verjagt. Ist es denn schon so lange her, seitdem derartiges geschehen ist, dass man das schon wieder vergessen hat?

Es gab in den letzten Jahren viel Fehlerhaftes, ja sogar Verlogenheit in unserem Leben. Unter dem vielen Wahren gab es aber auch die grosse, von unserer Partei, von der Volksregierung und von allen polnischen Patrioten verkündete Wahrheit - die Wahrheit von der Notwendigkeit eines Bündnisses Polens mit der Sowjetunion.

Da fragt jemand, ob die SU uns die Grenzen an der Oder und Neisse garantieren können. Sie kann. Sie kann es dann garantieren, wenn wir gleichzeitig selbst ein Garant der Unantastbarkeit unserer Grenzen sein werden, wenn wir unerschütterlich auf dem Boden der polnisch-sowjetischen Freundschaft und der Einheit des Lagers der sozialistischen Staaten stehen werden. Wer sonst könnte Polen bei der Garantierung der Unantastbarkeit seiner Westgrenzen beistehen? Den gültigen Standpunkt der Regierung der Deutschen Bundesrepublik zur Frage der Oder-Neisse-Grenze hat kürzlich der Außenminister von Brentano auf einer Sitzung des Bundestages präzisiert als er feststellte: 'Die Bundesregierung stehe weiterhin unabänderlich auf dem Standpunkt, dass das deutsche Gebiet das Reichsgebiet mit den Grenzen vom 31. Dezember 1937 sei und dass das deutsche Volk die Oder-Neisse-Grenze weder als momentane noch als künftige Grenze Deutschlands akzeptieren kann.'

Auch während seines Indienbesuches erklärte von Brentano am 28. 3. 57, dass erst: '... ein freies Deutschland und ein freies Polen Verhandlungen über den Charakter ihrer gegenseitigen Beziehungen aufnehmen können.' Es stehe für ihn ausser Zweifel - sagte er - dass sich dann eine Lösung für das Problem jener Gebiete finden werde, die aufgrund des Potsdamer Abkommens zeitweilig unter polnische Verwaltung gestellt worden seien.' Für Herrn Brentano ist ein freies Polen so ein Polen, das seine Rechte auf die Westgebiete preisgibt. Für diese Kleinigkeit verspricht Brentano die Unterhaltung friedlicher Beziehungen zwischen dem um die Westgebiete beschnittenen Polen und Deutschland. Und wie viele Menschen begreifen noch nicht, was die reaktionäre Propaganda vom 'freien Polen' eigentlich bedeutet.

Bei alledem kann man aber nicht die positiven Wandlungen unter einem Teil der Öffentlichkeit der Deutschen Bundesrepublik übersehen. Mit Genugtuung stellen wir fest, dass viele Menschen, die den Frieden wünschen, und dass selbst eine Reihe der Arbeiterbewegung fernstehender, aber die weltrealistisch betrachtender deutscher Politiker dazu neigen, unsere Grenze als unabwendbare Tatsache anzuerkennen. Das Streben nach Frieden und nach friedlicher Koexistenz der Völker in Westdeutschland erfreut sich, ähnlich wie in der ganzen Welt, der Sympathie unseres Volkes. Indem wir die Probleme des Gesellschaftssystems in der Deutschen Bundesrepublik ausklammern, sind wir bereit, einen beiderseitigen nützlichen Wirtschafts- und Kulturaustausch und überhaupt normale, auf friedlicher Koexistenz basierende Beziehungen zur Deutschen Bundesrepublik zu entwickeln. Wir glauben, dass dies auch ein gewisser positiver Faktor auf dem Wege zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands wäre. Bisher ist jedoch kein konsequentes Streben der regierenden Kreise Westdeutschlands in Richtung auf solche Beziehungen zu Polen zu erkennen.

Die Einflüsse des Revisionismus und Militarismus auf diese Kreise sind offensichtlich zu stark.

Jemand stellte mir die Frage, ob ich an die Zweckmässigkeit des Warschauer Paktes glaube. Was unsere Wünsche und Bestrebungen anbelangt, so wollten wir, dass überhaupt keine Militärpakte existieren brauchten. In der gegenwärtigen Situation muss das getan werden, wozu diese Situation zwingt, was die Tatsachen und die Notwendigkeit der Gewährleistung der Interessen der Nation und des Landes diktieren.

Wie kann man fragen, ob der Warschauer Vertrag zweckdienlich ist, wenn die NATO-Behörden erst am 12. April dieses Jahres verlauten liessen, daß die Armeen der diesem Pakt angehörenden Staaten mit modernen Waffenarten und ferngelenkten Geschossen ausgerüstet werden. In der heutigen Lage brauchen all seine Signatarmächte den Warschauer Vertrag, am meisten jedoch Polen.

Und nun zu den Wirtschaftsbeziehungen - Wirtschaftsbeziehungen unterhält Polen sowohl zur SU und zu den anderen sozialistischen Ländern als auch zu vielen kapitalistischen Ländern. Polen sollte vor allen Dingen seinen Export von Maschinen und Fabrikaustrüstungen erhöhen. Unser Maschinenbau hat nämlich grosse, nicht ausgelastete Produktionsreserven. Und wo sollen wir Absatzmärkte für diesen Export suchen? In den Vereinigten Staaten, in England oder in den anderen westlichen Ländern? Dort werden wir sie gewiß nicht finden, vor allen nicht in größerem Ausmaß.

Zur behandelten Gruppe von Fragen gehören auch solche, die sich auf die Unabhängigkeit und Souveränität Polens beziehen. Ich kann höchstens noch ein weiteres Mal wiederholen, dass alles, was in den polnisch-sowjetischen Beziehungen anomal war, im Einklang mit den Prinzipien der Gleichheit und der Souveränität beider Länder geregelt worden ist.

Weiter gibt es einige Fragen, die den Bericht für das IX. Plenum des ZK unserer Partei betreffen, dem eine vom VIII. Plenum berufene Kommission zur Untersuchung von Verletzungen der Gesetzlichkeit gegeben hat.

Die Fragen gehen davon aus, dass die gegenüber den ehem. Parteimitgliedern Berman und Radkiewicz gezogenen Konsequenzen zu milde seien. Die Ansichten sind darüber verschieden. Die einen glauben, dass die Konsequenzen zu milde seien, andere behaupten, sie wären zu streng. Mir scheint es - und ich stehe diesen Dingen näher als andere - dass diese Konsequenzen richtig sind. Diese Leute tragen nur die politische Verantwortung für verschiedene Gesetzeswidrigkeiten, und darum sind ihnen gegenüber nur politische Konsequenzen gezogen worden.

Jemand fragt, ob die polnische Regierung Schritte zur Auslieferung von Swiatł. unternommen hat. Dies wäre vollauf begründet. Kann man aber die Hoffnung hegen, dass einem solchen Ersuchen stattgegeben wird. Swiatł

wird von den verschiedenen Feinden Volkspolens gebraucht, und erst kürzlich ist ihm die Möglichkeit gegeben worden, in der Presse mit einer neuen Portion Verleumdungen hervorzutreten.

Andere Fragen enthalten die Forderung, die gesamte Diskussion auf dem IX. und auf dem VIII. Plenum unserer Partei zu veröffentlichen. Darauf kann ich antworten: Wenn alle unsere politischen Feinde und Gegner ihre Diskussionen veröffentlichen werden, dann können wir unsere Plenarsitzungen des ZKs sogar vor dem Fernsehen durchführen. Wenn die Veröffentlichung jeder Diskussion, die auf Versammlungen der zentralen Parteiorgane geführt wird, für eine schöpferische Arbeit notwendig wäre, dann würden wir die Diskussion veröffentlichen. Wichtiger als die Diskussion sind jedoch die Beschlüsse, die im vollen Wortlaut zur Veröffentlichung gelangen.

Eine Reihe von Fragen verdient keine Antwort, weil es sich um Gerüchte, um nicht ernstzunehmende Fragen handelt. Als Beispiel will ich zitieren: 'Stimmt es, dass Genosse Gomulka zur Kur in die Schweiz reist und von dort nicht mehr zurückkommen wird und dass seinen Platz Genosse Zenon Nowak einnehmen soll?'

Ich, Genossen, habe nicht einmal Zeit für einen Spaziergang im Stadtpark, für eine Reise in die Schweiz schon gar nicht zu reden. Und Sekretär wird stets derjenige sein, den das ZK der Partei wählt.

Zum Schluss habe ich mir die Beantwortung von Fragen vorbehalten, die mit den vorjährigen schwarzen Donnerstag von Poznan zusammenhängen. Ihr fragt mich, wie man das Andenken jener ehren soll, die ihr Leben gelassen haben. Ich antworte: 'In Ruhe und Ernst, so wie man das Andenken eines in der Familie Verschiedenen gedenkt. Wählt Delegationen und legt an den Gräbern Trauerkränze nieder. An allen Gräbern. Dort, wo eure Arbeitskollegen ruhen und an den Soldatengräbern, wo die Mitarbeiter der Sicherheitsorgane und die Soldaten des Polnischen Heeres ruhen. Die Gefallen hat der Tod vereint. Uns sollte das Bewusstsein und der Wille vereinen, nicht zuzulassen, daß aus unserer Familientragödie, die sich in Poznan abgespielt hat, die wirklichen Feinde Volkspolens einen Nutzen ziehen.'

3) Schriftsteller lassen sich nicht überzeugen

Am 7. Juni fand die Sitzung der Parteiorganisation des Polnischen Schriftstellerverbandes statt. Wie aus dem Bericht des Parteiorgans "Trybuna Ludu" vom 17. Juni hervorgeht, war während der Diskussion das Problem des Revisionismus das wichtigste Thema.

"Man kann ohne Übertreibung sagen, dass sich um dieses Problem alles konzentriert hat. Von allen Problemen des IX. Plenums hat unter den Schriftstellern diese Sache die meisten Zweifel erweckt."

Viele Schriftsteller haben der Befürchtung Ausdruck gegeben, ob man denn die Versuche einer berechtigten Revision mancher marxistischer Beurteilungen, die sich in einer veränderten Situation nicht als stichhaltig erwiesen haben - auch als Revisionismus verdammten wird. Der Begriff "Revisionismus" sei nicht ausreichend präzisiert worden, was sehr leicht zu einer Erstarrung der marxistischen Lehre führen könne.

Manche Schriftsteller sind noch weiter gegangen und meinten, dass schon das Wort "Revisionismus" ein Requisit der stalinistischen Ära sei, und dass sogenannte "Revisionisten" eigentlich nichts weiter als "selbständig denkende Marxisten" seien. Manche Redner sprachen davon, dass es in Polen eine "volksfremde Bürokratenkaste" gibt, "die der Arbeiterklasse die Macht entrissen hat", und dass die Ursache vieler "Entstellungen und Fehler" der vergangenen Epoche in der leninistischen Ideologie liegt. Es gab auch Stimmen, die eine Zulassung der verschiedenen politischen Richtungen innerhalb der Partei verlangten.

Das parteiantliche Blatt stellt fest, dass solche Äusserungen keinen Widerspruch der Versammelten hervorgerufen haben und befürchteten, dass nur die Parteidogmatiker aus derartig unüberlegten Reden Nutzen ziehen könnten.

4) Ideologische Plattform der Dorfjugendorganisation

Am 4. Juni versammelte sich in Warschau der Vorstand des "Verbandes der Dorfjugend" zu einer Plenarsitzung. Nach dem Oktober, der die Auflösung des monopolistischen Jugendverbandes brachte, entstanden nach langem Hin und Her zwei politische Organisationen: Eine für die Stadt - der Verband der Sozialistischen Jugend - und eine für das Land - der Verband der Dorfjugend. Während die erstere die ideologische Plattform der kommunistischen Parteien einnahm, soll die zweite eine Art Kondominium der Arbeiter- und Bauernpartei werden.

Nun ist es eine bekannte Tatsache, dass die Einflüsse der polnischen Kommunisten auf dem Lande sehr unbedeutend sind, unter der Jugend vielleicht noch geringer, als unter der älteren Generation. Die Dorfjugend wollte ihre Organisation auf den Traditionen der fortschrittlichen Bauernjugendorganisationen aus der Vorkriegszeit aufbauen. Die Kommunisten wollten aber keinesfalls jegliche Möglichkeit einer Kontrolle und Beeinflussung auf das organisatorische und ideologische Leben der Dorfjugend verlieren und haben eine

Lösung aufgezwungen, die eigentlich niemanden befriedigt. Der Verband der Dorfjugend soll also von dem gemeinsamen Gedankengut der Vorkriegs-Bauernorganisation und der Kommunisten zehren. "Trybuna Ludu" vom 5. Juni schreibt einen Bericht über die Plenarsitzung:

"Die Konzeption einer Zusammenarbeit von Kommunisten und Bauernparteilern in ein und derselben Organisation hat in den Verband viele Widerstände und Zweifel erweckt. Noch heute betrachten manche Funktionäre des Verbandes das Recht beider Parteien, sich für den Verband zu interessieren, als notwendiges Übel."

Das Parteiblatt beeilt sich zu versichern, dass die Anerkennung der führenden Rolle der kommunistischen Partei durch den Verband nicht zu einer privilegierten Position der Mitglieder dieser Partei im Verband der Dorfjugend führen wird, dass man nicht daran denkt, die Mitglieder der Bauernpartei oder die Parteilosen in Verbänden zu einer untergeordneten Rolle zu degradieren.

Es erscheint sehr zweifelhaft, ob dieses eigenartige Kondominium über den Verband der Dorfjugend auf die Dauer aufrechtzuerhalten ist. Diese künstliche Lösung bestätigt nur, dass die Kommunisten auch unter GOMULKA sich nicht getrauen, einen im Bereich des ganzen Landes aufgebauten kommunistischen Jugendverband den Verbänden der Bauernjugend, der demokratischen Jugend und der Katholischen Jugend entgegenzustellen. GOMULKA hat es strikt abgelehnt, einen Verband der Demokratischen Jugend, der schon im organisatorischen Aufbau begriffen war, anzuerkennen. Dasselbe galt auch für die Versuche, christliche Jugendverbände aufzubauen. Nachdem sich der stalinistisch-monopolistische Verband der Polnischen Jugend als lebensunfähig erwiesen hatte und nach dem Oktober aufgelöst werden musste, wählte die kommunistische Parteiführung die jetzige, schematische Lösung als Ausweg: Eine kommunistische Jugendorganisation für die Stadt und eine halbkommunistische für das Land.

Die Haltung der Jugend bereitet GOMULKA sicher manches Kopfzerbrechen. Der Teil der Jugend, der sich selbst als sozialistisch bezeichnet, steht eindeutig auf den "revisionistischen" Positionen. Alle Versuche, das zu ändern, sind bis jetzt gescheitert. Auch ist es nicht gelungen, aus dem Sozialistischen Jugendverband eine Massenorganisation zu machen. Die Dorfjugend würde sicher zahlreich in die Reihen ihres Verbandes strömen, wenn man ihr erlauben würde, eine eigene ideologische Plattform auszubauen. Man hat aber aus ihrem Verband einen Bastard gemacht, von dem sie sich nur abgestossen fühlt. Aus dieser Basis wird es dem neuen Regime in Polen nicht gelingen, das Problem der Jugendorganisationen zu lösen.

5) Stadt und Land

Zu Pfingsten feierten die polnischen Bauern ihr traditionelles Volksfest. Im ganzen Land gab es feierliche Unzüge, Kundgebungen usw. Auf einer dieser Massenkundgebungen sprach der Vorsitzende der Bauernpartei, Stefan IGNAR, der in der neuen Regierung den Posten des stellvertretenden Ministerpräsidenten einnimmt, zur Landbevölkerung. Er kündigte an, dass die Regierung noch in diesem Jahr die Pflichtablieferungen für Getreide um ein Drittel kürzen wird und gleichzeitig für dieses Getreide mehr als bisher zahlen wird. In Zukunft werden die Kontingente überhaupt verschwinden. Als Ignar auf das Bündnis der Bauern und Arbeiter zu sprechen kam, sagte er:

"In allen geschichtlich entscheidenden Augenblicken spielt die Arbeiterklasse die Hauptrolle. Sie ist deswegen die führende Klasse, weil sie in geschlossenen, grossen Industriezentren lebt und von der Diskrepanz die aus den Verhältnissen des Privateigentums kommen, verschont wird. Wir Bauern erkennen diese führende Rolle der Arbeiterklasse an und gleichzeitig wissen wir, dass der Sieg der Arbeiter ohne die Unterstützung der Bauernklasse unmöglich wäre."

GOMULKA richtete anlässlich des Bauernfestes eine Botschaft an die Landbevölkerung, in der es u.a. heisst:

"Wir fördern auch die die Entwicklung des Produktionsgenossenschaftswesens weil wir in ihn die Zukunft der Landwirtschaft erblicken, die sowohl für die Bauern als auch für den Staat vorteilhaft ist. Niemand aber wird die Bauern zur Gründung von Produktionsgenossenschaften antreiben oder gar zwingen. Euer Wille und Eure eigene Überzeugung, dass dieser Weg gut ist, sollen ausschlaggebend sein.

Wir sind der Auffassung, dass je höher das Niveau der bäuerlichen Wirtschaft sein wird - auch die Formen Eurer Selbstverwaltung mehr den Erfordernissen des Lebens und dem Willen der Bauern entsprechen werden. Dadurch wird sich die landwirtschaftliche Produktion schneller entwickeln, wird der Wohlstand der Bevölkerung steigen und der Sozialismus in Polen wachsen."

6) Jahrestag des Posener Aufstandes

An 28. Juni jährte sich zum ersten Male der Aufstand der Posener Arbeiter. Gemäss der Aufforderung GOMULKAs hat man in Posen diesen Tag als einen Trauertag begangen. An den Gräbern aller Opfer des Aufstandes wurden Kränze niedergelegt. Es fiel auf, dass die Gräber der Aufständischen von der Bevölkerung spontan unter einem Blumenmeer verschwanden, die Ruhestätten derer, die auf der anderen Seite der Barrikaden standen, hauptsächlich nur von offizieller Seite geschmückt wurden. Der Tag verlief in Polen ganz ruhig.

Die parteioffizielle "Trybuna Ludu" hat den vorjährigen Posener Ereignissen am 28. Juni einen Leitartikel gewidmet, in dem es u.a. heisst:

"Vor einem Jahr erlebten nicht nur die Posener Arbeiter, sondern das ganze Land den schwärzesten Tag Volkspolens. Es kam zu einem offenen und gewalttätigen Konflikt zwischen einem Teil der Arbeiterklasse und ihrer Partei, ihrer Staatsmacht. Die Fehler der Partei, den sturen Sinn der Bürokratie nützten die Unruhestifter und Feinde aus. Dass diese Tragödie nicht zu einem Volksunglück wurde, ist das grosse gemeinsame Werk der Partei, der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes. Die Partei konnte noch rechtzeitig die eigenen Fehler, die die Ursache der Krise bildeten, einsehen und beseitigen. Die überwiegende Mehrheit des Volkes hat eine verantwortungsvolle Haltung eingenommen und sich für den Sozialismus frei von Entstellungen, für eine neue Führung und ein neues Programm ausgesprochen. Dank dessen haben wir einen Ausweg aus der Krise gefunden und wurden von dem Schicksal Ungarns verschont.

Welches ist die Lehre aus den Posener Ereignissen? Das Kommandieren der Volksmassen, ohne sie anzuhören, ohne ihr Vertrauen und ihre Unterstützung zu besitzen, führt nicht zur Einheit. Konflikte und Streitfragen zwischen Volksmacht und werktätigen Massen sind nicht zu vermeiden. Es hat sie vor den Posener Aufstand gegeben, es gab sie nachher und es wird sie auch in Zukunft geben. Wichtig ist aber einzusehen, wie verhängnisvoll und gefährlich es ist, solche Streitfragen durch Anwendung von Gewalt lösen zu wollen. Wir leben in einer Klassengesellschaft, in der Kräfte vorhanden sind, die den Sozialismus und der Arbeiterklasse feindlich gegenüber stehen, und die nicht daran interessiert sind, den Sozialismus von den Entstellungen zu reinigen, sondern ihn zu vernichten."

II. Wirtschaft

1) Neue Version des Fünfjahresplanes

Die Ziele des gegenwärtigen Fünfjahrplanes (1956-1960) sind schon mehrere Male geändert worden, allein nach dem letzten Oktober zweimal. Jetzt ist die neueste Version des Planes den Ausschüssen des Parlamentes vorgelegt worden. Der Chef der Planungskommission, Stefan JEDRYCHOWSKI, der dem Ausschuss den berichtigten Planentwurf vorlegte, stellte fest, dass der neue Entwurf eine Steigerung der industriellen Produktion von 49 % innerhalb der 5 Jahre vorsieht, während die letzte Version noch eine Steigerung von über 55 % vorsah. Die Erzeugung von Produktionsmitteln (Gruppe A) soll sich um 50 % erhöhen, während die Produktion der Konsumgüter um 47 % steigen wird. Damit ist die Priorität der Gruppe A erhalten geblieben. Die Produktion der Schwerindustrie wird am Ende der Planperiode um 57 % höher sein. Am schnellsten werden die Produktion der chemischen Industrie (um 100 %) und die der Maschinenindustrie (um 88 %) wachsen.

Die Höhe der geplanten Investitionen ist in der letzten Version um 9 Milliarden Zlotys beschnitten worden. Aber während die Aufwendungen für die sozialistische Wirtschaft um 33 Milliarden gekürzt wurden, werden die Investitionen in der Privatwirtschaft (Aufwendungen für den Privatsektor in der Landwirtschaft und für den privaten Wohnungsbau) um 24 Milliarden höher als ursprünglich geplant. Obwohl der prozentuale Anteil der Investitionen kleiner ist, als im Plan 1951-55, wächst er dennoch in absoluten Zahlen um 42 %. Während früher 44,8 % der investierten Summen dem Ausbau der Industrie zufließen und nur 12,2 % auf die Landwirtschaft, sehen die entsprechenden Prozentzahlen jetzt so aus: 39,2 % und 18,5 %. Die Anforderungen der Landwirtschaft werden also jetzt weit mehr berücksichtigt als früher.

Die landwirtschaftliche Produktion soll im jetzigen Plan um 24,5 % wachsen (pflanzliche Produkte um 22 % und die tierischen Produkte um 27 %). Man betrachtet diese Planziffern als durchaus erreichbar und rechnet sogar damit, dass sie überschritten werden.

Man rechnet damit, dass während der Periode des Fünfjahrplanes die arbeitsfähige Bevölkerung um 1,3 Millionen Personen wachsen wird, während nur 1,120 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Es wird also ein Problem der Arbeitsbeschaffung für ca. 200.000 Menschen entstehen. Man hofft, dieses Problem durch die Aktivierung des Handwerkes und der Heimarbeit zu lösen. (Laut "Trybuna Ludu" vom 19. Juni).

2) Grössere Kredite für Einzelbauern

Laut "Zycie Warszawy" von 15. Juni erreichte die Summe der von Staate gewährten Kredite für die Entwicklung der Bauernhöfe in den ersten 5 Monaten d.J. schon über 1 Milliarde Zloty. Man rechnet damit, dass sie im Jahre 1957 insgesamt die Höhe von 2 Milliarden erreichen wird, während sie im vorigen Jahre 1,2 Milliarden betrug.

3) ... und für die Arbeitsgenossenschaften

"Zycie Warszawy" gibt am 25. Juni bekannt, dass die Arbeitsgenossenschaften und genossenschaftlichen Organisationen der Heimarbeiter aus dem sogenannten Interventionsfond schon über 300 Mill. Zloty in Form von langfristigen Krediten bekommen haben. Bei dieser Kreditaktion werden besonders Genossenschaften berücksichtigt, die von den Heimkehrern aus der SU gegründet wurden, oder deren Mitglieder in der Mehrzahl aus Heimkehrern bestehen.

4) Neuer Entwurf des Enteignungsgesetzes

Die polnische Presse meldet am 20. Juni, dass die Regierung an einem neuen Projekt des Enteignungsgesetzes arbeitet, das sich von dem bisherigen in vielen Punkten wesentlich unterscheidet. Nach diesem Entwurf wird man in Zukunft eine Enteignung nur zugunsten des Staates durchführen dürfen, während bisher auch die Genossenschaften (vor allem Kolchosen) davon profitieren konnten. Viel genauer umreißt der Entwurf die Fälle, in denen man eine Enteignung durchführen kann. Es werden genannt: Landesverteidigung, öffentliche Nutzung und Realisierung der wichtigen landwirtschaftlichen Investitionen. In den Städten wird auch die Realisierung städtebaulicher Pläne als Grund für eine Enteignung genannt. Der neue Entwurf sieht auch eine bedeutende Erhöhung der Entschädigung für das enteignete Grundstück vor. Für das Taxieren des Wertes der enteigneten Grundstücke sollen in Zukunft präzise Vorschriften gelten, die jeden Mißbrauch ausschliessen würden.

5) Rationelle Ausbeutung der Steinkohle

Die Fachleute des Ministeriums für Bergbau arbeiten an den neuen Richtlinien, nach denen in Zukunft die Förderung der Steinkohle erfolgen soll. Man vertritt den Standpunkt, dass Polen genug Kohlevorkommen besitzt, und dass keineswegs die Notwendigkeit besteht, auch solche Kohlevorkommen abzubauen, die einen hohen Anteil an Steinen aufweisen. Man muss die bisherigen Massnahmen, nach denen man die abzubauenen Vorkommen festgestellt hat, revidieren und sich vor allen nach den Grundsätzen der Rentabilität richten. Das Prinzip 'Kohle um jeden Preis' ist falsch und muss fallen gelassen werden. Von diesem Standpunkt aus wird ^{man}jetzt manche schon beschlossene Investierung in einzelnen Kohlengruben neu bearbeiten lassen müssen. Die neuen Hinweise werden aber nicht auf die verkockbare Kohle angewandt, deren Vorkommen in Polen nicht allzu gross sind, und die aus diesen Grunde aus allen zugänglichen Flözen abgebaut

III. Soziale Probleme

1) Familienhaushalte werden untersucht

Seit Juni 1956 führt das statistische Hauptamt in Polen eine Untersuchung des Lebensstandards aller Beschäftigten (Arbeiter, Angestellten, technisches Personal usw.) in vier Produktionsbranchen: Bergbau, Hüttenbetriebe, Maschinen- und Textilindustrie durch. Die höchsten Durchschnittslöhne weist der Bergbau auf, sie betragen 2.344 Zloty, während sie in der Textilindustrie nicht einmal die Hälfte dieser Summe erreichen (1.124 Zloty). Allein 42 % der Bezüge eines im Bergbau Beschäftigten verschlingen die Ausgabe für Lebensmittel, während sie in der Textilindustrie die Hälfte des Einkommens erreichen. (49 %). Für industrielle Artikel (damit ist alles gemeint, was in den Industriebetrieben - ausgenommen die Lebensmittelindustrie - hergestellt wird) gibt man im Bergbau 32,5 % des Einkommens, in der Textilindustrie dagegen 31,5 % aus. Die Tilgung von Darlehen belastet den Haushalt eines im Bergbau Beschäftigten mit 9,1 %, in der Textilindustrie mit 7,4 %.

2) Arbeitsabstinenz

Die polnische Presse schlägt Alarm wegen der wachsenden Fälle, in denen Arbeiter von ihren Arbeitsstätten unentschuldigt fernbleiben. "Trybuna Ludu" vom 25. Juni rechnet aus, dass lediglich im ersten Jahresviertel auf diese Weise 8,8 Mill. Arbeitsstunden verloren gingen. Im ersten Quartal des vergangenen Jahres betrug diese Zahl 6 Mill. Stunden. Das Blatt stellt fest, dass die sogen. "sozialistische Arbeitsdisziplin" aus der stalinistischen Zeit mit Recht verurteilt und abgeschafft worden sei, dass man aber doch Mittel finden müsse, um die Arbeitsschwänzer zur Vernunft zu bringen. Sollten die Mittel, die Arbeiter zu überzeugen, nicht das gewünschte Resultat bringen, so müsse man (wie das Blatt vorschlägt) alle derartigen Verstöße durch fristlose Entlassung bestrafen.

Ein anderes Warschauer Blatt "Zycie Warszawy" enthüllt am 12. Juni interessante Hintergründe der immer häufigeren Abwesenheit der Arbeiter von ihren Betrieben. Sie kommen so oft nicht zur Arbeit, weil sie Gelegenheitsarbeiten in einer der vielen privaten Werkstätten verrichten. Sie erhalten dort eine viel bessere Bezahlung als in ihren Fabriken, weil sie - wie das Blatt schreibt - die privaten Unternehmen schwarz beschäftigen und keine sozialen Beiträge für sie zu bezahlen brauchen. Die immer stärker anwachsende Tätigkeit der "privaten Initiative", die sich in dem Chaos des Überganges von einer Wirtschaftsform in eine andere, fast jeder Kontrolle entzieht, verursacht der staatlichen Industrie zusätzliche Sorgen.

3) Wer zieht die Profite?

Einer der nützlichen Schritte, die GOMULKA nach seinem Oktobersieg unternahm, war die Bildung eines Betriebsfonds in jenen Werken, die einen ausserplanmässigen Gewinn erzielen. Dieser Fond wird vom Arbeiterrat verwaltet und für die Bedürfnisse der Belegschaft verwendet. Im Bergbau besteht ausser diesem Betriebsfond noch ein sogen. Devisenfond, d.h. die Arbeiter jeder Kohlengrube, die eine überplanmässige Förderung erzielt und dadurch eine Erhöhung des polnischen Kohleexports ermöglicht hat, bekommen einen Teil dieser Devisen und können über die staatlichen Handelsorganisationen verschiedene in Polen mangelnde Waren aus dem Ausland einkaufen.

Schon vor ein paar Wochen berichtete die Presse, dass man versuchte, den Sinder Massnahme zu verfälschen, indem man den Bergleuten aus dem Devisenfond Waren anbot, die sowieso in jedem staatlichen Geschäft zu erhalten waren. Jetzt ist man auf die Spur eines weiteren Betruges gekommen, worüber "Trybuna Ludu" am 26. Juni berichtet.

Die sogen. "attraktiven Waren", die aus dem Devisenfond angekauft werden, werden jetzt in erster Linie nicht an die Arbeiter, sondern an die Funktionäre und Leiter der Arbeiterräte, die Direktoren der Gruben, die Leiter der Betriebsräte u.a. ausgegeben. Es ist schon vorgekommen, dass manche von ihnen in kurzer Zeit zwei bis drei Autos oder Motorräder bekommen haben, die sie unverzüglich mit einem erheblichen Profit weiterverkaufen konnten. Das Blatt stellt fest, dass sich die Institutionen des Devisenfonds auf diese Weise nicht als wirksames Mittel zur Hebung, sondern zur Senkung der Arbeitsproduktivität in den Kohlengruben entwickelten.

4) Was die Jugend studieren will

Die Hochschulen Polens werden in diesem Jahre 20.700 neue Studenten zulassen, das sind 6.000 weniger als im vergangenen Jahre. Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren schränkt man jetzt die Zahl der zum Studium an den Hochschulen zugelassenen Jugend mit Absicht ein, um für die Zukunft keine arbeitslose Intelligenz zu züchten. Im allgemeinen übertrifft die Zahl der Bewerber um zwei- bis zweieinhalbmals die Zahl der vorhandenen Studienplätze der ersten Semester. In manchen Studienrichtungen wie Jura, Polonistik, Architektur und Aussenhandel übertrifft die Zahl der Kandidaten sogar die Zahl der vorhandenen Plätze um das drei- bis sechsfache. Es gibt aber auch gleichzeitig Studienrichtungen, in denen es weniger Kandidaten als freie Studienplätze gibt, z.B. für klassische und russische Philologie, Mathematik, Mechanisierung der Landwirtschaft, Volkswirtschaft u.a.

Die Direktoren der Hochschulen, die am 26. Juni über die Probleme der Zulassung zum Studium beraten haben, sind übereingekommen, dass das wichtigste Kriterium der Zulassung das Examensergebnis sein muss.

Bei den Arbeiter- und Bauernsöhnen muss allerdings auch berücksichtigt werden, dass ihr Studienstart viel schwieriger ist als bei Söhnen aus der Schicht der Intelligenz, dass sie aber im Verlauf des Studiums oft ihre anderen Kommilitonen überholen.

B. Polen und Ausland

1) Amerikanische Anleihe für Polen

Nach Unterzeichnung des polnisch-amerikanischen Wirtschaftsabkommens schrieb die parteiamtliche "Trybuna Ludu" am 8. Juni in ihrem Kommentar u.a.:

"Alle unsere letzten Kredittransaktionen, einschliesslich der amerikanischen, werden zu einer gewissen Minderung unserer wirtschaftlichen Schwierigkeiten beitragen, insbesondere zur Ausglei chung unserer diesjährigen Zahlungsbilanz. Man muss jedoch sagen, dass sie alle infolge ihres Charakters und in Anbetracht ihres Umfanges keine unmittelbaren Auswirkungen auf unsere Möglichkeiten haben werden, eine sofortige Verbesserung der Lebensbedingungen zu erzielen. Wir wollen glauben, dass die Möglichkeit einer weiteren Entwicklung der Wirtschafts- und Finanzbeziehungen zu den kapitalistischen Ländern nach dem Prinzip des gegenseitigen Vorteils geschaffen wurde.

Die polnisch-amerikanischen Wirtschaftsverhandlungen sind beendet. Wir haben mit den Vereinigten Staaten ein Abkommen über den Verkauf von Getreide, Baumwolle, Fetten und Ölen sowie Bergwerksmaschinen an uns für 48,9 Mill. Dollar und über die Vorbereitung der nächsten Tranche von 46,1 Mill. Dollar abgeschlossen. Zusammen ergibt das 95 Mill. Dollar. Das ist nur ein Drittel der Summe, die unsere Delegation vorgeschlagen hat, sie wird uns aber in die Lage versetzen, zu günstigen Kreditbedingungen eine gewisse Menge für unsere Wirtschaft unentbehrlicher Waren zu kaufen. Die ursprünglich festgesetzte Summe des Kreditgeschäftes mit Amerika wurde buchstäblich in letzter Minute in zwei Tranchen geteilt, weil der Kongress das Gesetz über Zusatzkredite noch nicht angenommen hat. In den letzten Tagen war im Repräsentantenhaus ein ziemlich heftiger Kampf um diese Angelegenheit entbrannt. Eine Gruppe von Abgeordneten war bemüht, die Kreditgewährung an Polen zu erschweren."

2) Vorbereitung zur Polen

Polen bekam von der Ford-Stiftung eine Zuwendung in Höhe von 500.000 Dollar. Die amerikanischen Abgesandten der Ford-Stiftung weilten Ende Mai und Anfang Juni in Polen, um mit den Mitarbeitern der polnischen wissenschaftlichen Zentren die Verwendung dieser Summe zu besprechen.

Aufgrund der Besprechungen wurde beschlossen, diese Summe für etwa 50 polnische Wissenschaftler der Gesellschaften, ökonomischen, juristischen und humanistischen Wissenschaften in Form von Auslandstipendien zu verwenden. Ausserdem soll diese Summe für den Ankauf von Büchern und Ausstattungen für Bibliotheken und wissenschaftlichen Anstalten sowie zur Finanzierung von Reisen ausländischer Gelehrter nach Polen, die von einzelnen polnischen wissenschaftlichen Institutionen eingeladen werden, verwendet werden.

3) GOMULKA bei ULBRICHT

In der Zeit vom 18. bis 20. Juni weilte eine polnische Partei- und Regierungsdelegation unter Führung von GOMULKA und CYRANKIEWICZ in der "DER". Die polnische Presse schrieb von einem Besuch "bei den Freunden" jenseits der Obergrenze, aber jeder in Polen wusste, dass in diesem Falle das Wort Freundschaft überhaupt keinen Inhalt hatte.

Aus einer polnischen Quelle erhielten wir dazu den folgenden Bericht, der - obwohl mehr die polnische Seite betreffend - auch für deutsche Leser interessant sein dürfte:

"Es war ein sonderbares Treffen. Auf der einen Seite der 'Nationalkommunist' Gomulka, der sich darum bemüht, für Polen einen erreichbaren Grad an Unabhängigkeit von Moskau zu erkämpfen, der ferner bemüht ist, aus diesem Lande einen von Kommunisten regierten Rechtsstaat zu machen, den Menschen ein besseres Leben und den Glauben an das Wort Sozialismus wiederzugeben. Als sein Gesprächspartner trat eine der obskursten Figuren aus der stalinistischen Requisitenkammer auf, der treue Diener und Bügelhalter der Sowjets- ULBRICHT. In den Kreisen der polnischen Delegation wusste jeder, dass die beiden nicht sehr viel voneinander halten, und dass eine Verständigung zwischen ihnen sowie das Finden einer gemeinsamen Plattform aussichtslos sei. Auch zu Stalins Lebzeiten war ULBRICHT unter den polnischen Kommunisten äusserst unbeliebt, man traute seinen Worten nicht und hielt ihn in Warschau für einen Heuchler. Nach dem letzten Oktober hat die neue polnische Parteiführung keinen Grund gehabt, diese Meinung zu revidieren, sondern im Gegenteil, es kam viel Neues hinzu, was die Abneigung der polnischen Kommunisten ULBRICHT gegenüber noch verstärkte.

Warum ist es dann überhaupt zu diesem Besuch gekommen?

Gomulka kam nach Pankow, genau wie er vorher Cyrankiewicz nach Prag schickt, weil eine Einladung seitens seiner vor einem halben Jahr noch offenen und jetzt verkappten Feinde für ihn einen nicht geringen Prestigeerfolg bedeutet, der seine Position im Ostblock und allen kommunistischen Parteien der Welt gegenüber festigt. Ausserdem befindet sich Polen in einer wirtschaftlichen Lage, die es zwingt, mit allen zu reden, die ihm Kredite anbieten, und das ist bei Ulbricht der Fall. Welches Interesse hat nun Ulbricht, die Polen zu sich einzuladen? In Warschauer Kreisen vertritt man die Ansicht, dass die Perspektive einer politischen und wirtschaftlichen Annäherung zwischen Polen und der Bundesrepublik Ulbricht gefährlich genug vorkam, um ihr mit einer eigenen Initiative zuvorzukommen. Das erklärt auch die Bereitschaft, Gomulka die dringend benötigte Kredithilfe anzubieten. Mit diesem Schritt wollte - nach Ansicht der Warschauer Kreise - Ulbricht nicht lange warten, weil die Septemberwahlen in der Bundesrepublik eine völlige Änderung der Situation bringen können.

Gomulka benutzte seinen Besuch in Ostdeutschland u.a. dazu, um von deutschem Boden aus noch einmal seine Bereitschaft zu bekunden, mit dem ganzen deutschen Volk ein gutnachbarliches Verhältnis wiederherzustellen und eine Normalisierung der Beziehungen mit der Bundesrepublik herbeizuführen. Er hat sich mehrere Male an das ganze deutsche Volk gewandt; zum erstenmal tat er das gleich bei seiner Ankunft in Berlin. Bezeichnenderweise hat die Ulbrichtzensur diese Stellen in der Begrüssungsansprache Gomulkas gestrichen. Sie erschienen am nächsten Tage im 'Neuen Deutschland' nicht.

Von polnischer Seite nahm man diese Brückierung mit Gelassenheit hin. Man hat in Ostberlin nicht viel Herzlichkeit und Verständnis erwartet und eine Angleichung der Auffassungen stand gar nicht zur Debatte. Ein bezeichnender Kontrast zu der Kühle des offiziellen Empfanges war die spontane Herzlichkeit, mit der die deutschen Arbeiter in Lauchhammer den Mann begrüßten, der Moskau trotzte und gewann."

Die Kommentare der polnischen Presse hielten sich im Rahmen der üblichen Phrasenlogie: "... unerschütterliche Einheit und Gemeinsamkeit der Ziele ..." betitelte die parteiamtliche "Trybuna Ludu" am 22. Juni ihren diesem Besuch gewidmeten Leitartikel. Etwas realistischer formulierte ein Mitglied der polnischen Delegation seine Eindrücke nach dem Besuch: "Wir haben nicht miteinander, sondern aneinander vorbei gesprochen..."

4) Internationale Posener Messe 1957

Die Internationale Handelsmesse in Posen endete am 19. Juni nach einem diesmal ruhigen Verlauf. Die polnischen Handelsorganisationen erzielten in diesem Jahre einen Umsatz von 112 Mill. Dollar, was ungefähr der vorjährigen Höhe entspricht. Polen tätigte Exportabschlüsse für 54,7 Mill. Dollar und Importverträge für 57,3 Mill. Dollar. Etwa 45 % dieser Summe entfällt auf die Abschlüsse mit den westlichen Ländern.

Die Messe wurde von 900.000 Menschen aus ganz Polen besucht, was die Presse als einen zweifelhaften propagandistischen Erfolg bezeichnete. Die über-grosse Anzahl der Besucher erschwerte die Arbeit derjenigen, die nicht nur als Touristen zur Messe kamen. Die Presse schlägt vor, den Zustrom der polnischen "Vergnügungsreisenden" nach Posen in Zukunft zu dämpfen, um so mehr, als die Hotels nicht leistungsfähig genug sind, alle Gäste aufzunehmen.

Die Zahl der ausländischen Aussteller war diesmal grösser als je zuvor.

Der grösste Aussteller aus dem Ausland überhaupt war die Bundesrepublik, die fast ein Viertel des gesamten für das Ausland bestimmten Messefläche einnahm. Zum ersten Male war auch Amerika in Posen vertreten. Für das nächste Jahr haben sich noch weitere Interessenten aus dem Auslande angesagt, sodass die Organisatoren der Messe mit erheblichen Investitionen auf dem Messegelände rechnen müssen.

Von polnischer Seite traten zum ersten Mal nicht die Handelsorganisationen sondern die einzelnen Produktionsbetriebe als Aussteller auf. Die Presse begrüsst diesen Schritt, die den Produktionsbetrieben erlaubte, aus ihrer bisherigen Anonymität hervorzutreten, stellte aber gleichzeitig fest, dass sich die Vertretungen der einzelnen Fabriken auf geschäftlichem Gebiet als sehr unbeholfen gezeigt haben.